

Grüne Fraktion im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Oberbürgermeister
Dr. Michael Ziemons
Rathaus/Markt
52058 Aachen

Geschäftsstelle
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

0241 / 432 -7217
Antrag Nr. 2026_11

Aachen, 04.03.2026

Ratsantrag

Prüfung eines Aachener Infrastrukturfonds zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion von Bündnis 90/ Die GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung zu prüfen, ob und wie ein kommunaler Infrastrukturfonds eingerichtet werden kann, mit dem Investitionen in Klimaschutz, Energieeffizienz, soziale Infrastruktur und Daseinsvorsorge unterstützt werden können, ohne den städtischen Haushalt dauerhaft zu belasten. Die Prüfung soll insbesondere klären:

1. Ob ein Modell aus Intracting und/oder DAWI-/SGEI-Darlehen für Aachen rechtlich unter Beachtung des EU-Rechts und organisatorisch umsetzbar ist.
2. Welche Finanzierungswege (z. B. Kommunaldarlehen) und Controlling-Strukturen für welche Investitionsvorhaben geeignet wären.

Die Verwaltung wird gebeten, möglichst zeitnah dem Ausschuss für Klima und Umweltschutz sowie dem Haupt- und Finanzausschuss eine entsprechende Vorlage zur Beratung vorzulegen.

Begründung

Aachen muss massive Investitionen in Klimaschutz (z. B. E-Busse) und nachhaltige Infrastruktur (z. B. den Fernwärmeausbau) stemmen, während der Haushalt wenig Spielräume hat.

Klassische Kommunalkredite belasten dauerhaft und nutzen Einsparungen nicht gezielt. Ein Infrastrukturfonds könnte diese Hemmnisse umgehen: Die Stadt nimmt günstige Kredite auf und vergibt sie – intern via Intracting (Einsparungen z. B. durch red. Kraftstoffverbrauch revolvieren) oder als DAWI-Darlehen – an Daseinsvorsorge-Träger zu Konditionen unter Marktniveau weiter.

Vorteile: Haushaltsneutralität, hohe CO₂-Minderung, Transparenz und Steuerbarkeit durch den Rat. Bewährte Modelle aus Stuttgart (Intracting), Frankfurt am Main, Kiel, Krefeld, Gummersbach oder Freiburg (DAWI-ÖPNV) zeigen den Erfolg.

Der Antrag hat das Ziel, dieses vereinfachte Modell zu prüfen und mögliche Strukturen für die Umsetzung zu erarbeiten.

Mit freundlichen Grüßen

Julia Brinner

Umweltpolitische Sprecherin

Carsten Schaadt

Fraktionssprecher